Deutscher Bundestag **Drucksache 17/4900**

17. Wahlperiode 24. 02. 2011

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/4677 –

Alle Waffenexporte des Oberndorfer Kleinwaffenherstellers verbieten

A. Problem

Aussetzung der Erteilung von Genehmigungen für den Export von Rüstungsgütern an die Heckler & Koch GmbH bis zum Abschluss der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle Auswirkungen

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/4677 abzulehnen.

Berlin, den 23. Februar 2011

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Eduard Oswald Vorsitzender	**Rolf Hempelmann** Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Rolf Hempelmann

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/4677** in seiner 90. Sitzung am 10. Februar 2011 beraten und an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Innenausschuss, den Rechtsausschuss und den Verteidigungsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung auf, bis zum Abschluss der staatsanwaltschaftlichen Entwicklungen dem Waffenhersteller Heckler & Koch GmbH keine Exportgenehmigungen mehr zu erteilen. Die Fraktion DIE LINKE. bezeichnet das Unternehmen als einen der weltweit führenden Hersteller von Kleinwaffen und verweist auf staatsanwaltschaftliche Ermittlungen wegen des Vorwurfs, Sturmgewehre des Typs G36 in vier mexikanische Unruheprovinzen geliefert zu haben. Die Bundesregierung habe zwar die Bearbeitung von Anträgen auf Waffenexporte nach Mexiko ausgesetzt, aber wegen der begründeten Zweifel an der Zuverlässigkeit des Unternehmens Heckler & Koch GmbH sei es sachlich nicht zu begründen, dass der Exportstopp nicht für alle Exporte des Unternehmens, sondern nur für die nach Mexiko gelte. Im Übrigen würden durch die geschätzten rund 875 Millionen weltweit in Umlauf befindlichen Gewehre, Maschinenpistolen und Pistolen mehr Menschen getötet als durch alle anderen Waffen. Kleinwaffen würden Konflikte verschärfen und Gesellschaften destabilisieren.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 17/4677 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 30. Sitzung am 23. Februar 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Innenausschuss** hat den Antrag in seiner 33. Sitzung am 23. Februar 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag in seiner 37. Sitzung am 23. Februar 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 80. Sitzung am 23. Februar 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat die Vorlage auf Drucksache 17/4677 in seiner 38. Sitzung am 23. Februar 2011 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Berlin, den 23. Februar 2011

Rolf Hempelmann
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333